

Kurzzusammenfassung

1. Überblick

Im Jahresabschluss 2017 wurde, wie bereits 2016, wieder ein Überschuss erzielt. Dieser **Jahresüberschuss beläuft sich auf 32,1 Mio. €** (Vorjahr 29,4 Mio. €). Geplant war für das Jahr 2017 ein Fehlbetrag in Höhe von 8,8 Mio. €.

Die ordentlichen Erträge betragen im Ist 2017 2.006 Mio. €, die ordentlichen Aufwendungen 1.949 Mio. €. Der Anstieg der ordentlichen Erträge beträgt damit gegenüber dem Vorjahr 5,1 %, genau wie bei den ordentlichen Aufwendungen. Der **Aufwanddeckungsgrad** beträgt 102,9 % (Vorjahr: 102,9 %) und liegt wieder über 100 %. Daraus ist ersichtlich, dass die ordentlichen Aufwendungen vollständig durch ordentliche Erträge gedeckt werden konnten.

2. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Die folgende Tabelle gibt einen kurzen Überblick zu den wesentlichen Einflussfaktoren auf das Jahresergebnis 2017 (ausführlicher in der Anlage):

in Mio. € (SAP-Logik: Erträge mit Minus-, Aufwendungen mit Pluszeichen)	Ist 2017	Plan 2017	Ist 2016
Gewerbsteuer	-446,8	-440,0	-435,8
Einkommensteueranteil	-297,4	-284,0	-275,3
Schlüsselzuweisungen	-200,3	-192,1	-181,1
Zuweisungen vom Land (Lehr-/Kinderbetr.pers.)	-81,3	-77,0	-86,4
Zuweisungen Land Grunderwerbsteuer	-31,0	-29,5	-29,7
Erstattungen vom Land (Transferleistungen)	-91,0	-106,2	-134,2
Erträge aus dem Abgang von Vermögen	-13,7	0	-5,9
Bezüge und Vergütungen	388,8	393,19	376,6
Pensionsrückstellungen (Saldo Zuführung/Auflös.)	129,5	112,7	104,7
Zuschuss an soziale/ähnliche Einrichtungen - Art 1	119,6	116,8	115,1
Laufende Leistungen für Unterkunft/Heizung (KdU) (§ 22 I SGB II)	135,5	135,7	116,9
Verlustausgleiche an städtische Töchter inkl. Zuführung zu Rückstellungen, abzüglich Neutralisationen	9,5	15,8	14,7
Abschreibungen auf Finanzanlagen	4,6	0	0,9
Aufwendungen für Gebäudeunterhalt, -technik	33,4	39,4	31,3
Bezirksumlage	166,8	165,3	159,3
Gewerbsteuerumlage	71,2	67,9	66,9
Sonstige Rückstellungen	29,4	0,2	0,3
Finanzergebnis	26,8	14,3	27,7

Die Erträge aus **Gewerbesteuer** lagen mit einem Ist 2017 von 446,8 Mio. € um 6,8 Mio. € über dem Planwert (Ist 2016: 435,8 Mio. €) und haben daher maßgeblich zum guten Jahresergebnis beigetragen.

Auch der **Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer** war ein erheblicher Einflussfaktor für den erwirtschafteten Jahresüberschuss. Er stieg sowohl gegenüber der Planung (+ 13,4 Mio. €) als auch gegenüber dem Vorjahr (+ 22,1 Mio. €) deutlich an und erreichte einen neuen Höchstwert von 297,4 Mio. €.

Die **Schlüsselzuweisungen** fielen um 8,2 Mio. € höher aus als geplant, im Vergleich zum Vorjahr war sogar ein Anstieg um 19,3 Mio. € zu verzeichnen. Damit lagen die Zuweisungen und Zuschüsse insgesamt 16,9 Mio. € über dem Plan und 17,7 Mio. € über dem Wert von 2016.

Die **Leistungsentgelte** fielen um 6,9 Mio. € höher aus als geplant, das Rechnungsergebnis 2016 überstiegen sie um 4,2 Mio. €.

Die **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** stiegen in 2017 gegenüber 2016 um 9,2 Mio. € (+ 2,7 %). Der Planwert wurde hingegen um 4,9 Mio. € unterschritten. Beispielsweise lagen die Erträge aus Erstattungen vom Bund um 7,4 Mio. € unter dem Plan, gegenüber dem Vorjahr wurden aber Mehrerträge in Höhe von 20,6 Mio. € erzielt. Grund hierfür sind insb. Abweichungen bei den Erstattungen für die Kosten der Unterkunft zur Unterbringung von Flüchtlingen (- 4,5 Mio. € ggü. Plan bzw. + 18,5 Mio. € ggü. 2016). Der Bund gewährt hier eine sechsprozentige Zusatzerstattung zur Refinanzierung der Unterkunftskosten von anerkannten Geflüchteten.

Bei den Erstattungen vom Land - Transferleistungen“: entfallen von hier verbuchten 91,0 Mio. € im Ist 2017 86,7 Mio. € auf die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Vorjahr: 121,1 Mio. €) und 0,2 Mio. € auf Erstattungen zur Flüchtlingsunterbringung (Vorjahr: 9,1 Mio. €). Bei diesen beiden Sachverhalten sanken die Werte um insgesamt 14,4 Mio. € gegenüber dem Plan, gegenüber dem Vorjahr um 43,3 Mio. €. Diese Zahlen spiegeln wider, dass nun die Anzahl der der Leistungsbeziehenden nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit der Bearbeitung der Asylanträge wieder sinkt, nachdem sich die extreme Zunahme bei den Flüchtlingszahlen aus dem Jahr 2015 insb. im Jahr 2016 in den Zahlen des Rechnungswesens niedergeschlagen hatte. Die Erträge aus Kostenerstattungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz korrespondieren mit entsprechenden Aufwendungen im Transferleistungsbereich. Die Erstattungsquote für diese Aufwendungen beträgt nahezu 100%.

Die Erstattungen vom Bezirk liegen um 11,7 Mio. € über dem Planansatz und 9,9 Mio. € über dem Vorjahreswert. Dies ist insb. auf zeitverzögerte Erstattungen für Hilfen zur Erziehung und Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII für die Jahre 2015 bis 2016 zurückzuführen.

Die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** sind insgesamt um 36,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen, gegenüber der Planung beträgt der Anstieg 16,3 Mio. €. Hiervon entfallen 34,9 Mio. € bzw. 7,3 Mio. € auf die Personalaufwendungen für aktive Mitarbeiter (Tarif- und Besoldungserhöhungen und Berücksichtigung letzterer in den Pensionsrückstellungen sowie Stellenschaffungen). Bei den Versorgungsaufwendungen entstanden überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 9,0 Mio. € (Veränderung gegenüber dem Vorjahr: + 1,6 Mio. €), insb. bei den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen.

Die **Transferaufwendungen** bewegen sich insgesamt auf Vorjahresniveau und damit 22,4 Mio. € unter dem Planwert, in vielen Bereichen mussten die Planwerte nicht ausgeschöpft werden, so bei den Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz und den Familien- und Jugendhilfen. Die Zuschüsse an soziale Einrichtungen aus gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtung stiegen gegenüber dem Vorjahreswert um 4,6 Mio. €, diese Position steigt seit Jahren aufgrund des anhaltenden Platzausbaus bei Kindertageseinrichtungen freier Träger nachhaltig an, hier überschritt der Anstieg sogar die Planung um 2,9 Mio. €.

Die Kosten der Unterkunft und Heizung beim Arbeitslosengeld II erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 11,4 Mio. € (+ 9,0 %) und lagen mit 138,1 Mio. € fast genau auf Planungsniveau.

Die Bezirksumlage stieg 2017 gegenüber dem Vorjahr spürbar an auf 166,8 Mio. € (+ 7,4 Mio. €, d. h. + 4,7 %).

Die Position „Verlustausgleiche Eigenbetriebe und verbundene Unternehmen“ ist um 7,2 Mio. € niedriger als im Vorjahr und 8,4 Mio. € unter Plan ausgefallen, u.a. musste ein für die StWN eingeplanter Ausgleich von 4 Mio. € nicht verwendet werden. Im Ist 2016 war hier noch eine Bareinlage aus dem Konsortialvertrag Flughafen in Höhe von 5 Mio. € enthalten.

Infolge der höheren Gewerbesteuererträge mussten auch höhere Aufwendungen für die Gewerbesteuerumlage getätigt werden als geplant (+ 3,3 Mio. €).

Unter den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** waren 2017 mit 29,4 Mio. € (Vorjahr 0,3 Mio. €) relativ hohe Rückstellungen für u.a. drohende Gewerbesteuerrückzahlungen (16,6 Mio. €) und ausstehende Rechnungen, z.B. für Beihilfe und Erstattungen an die VAG sowie überlaufende Zeitguthaben von Mitarbeitern zu berücksichtigen.

3. Erläuterungen zu ausgewählten Bilanzposten

Die **Verschuldung des Kernhaushaltes aus Investitionskrediten und der Anleihe, sowie unter Einbezug der ÖPP/ÖÖP-Projekte** beträgt zum 31.12.2017 nun 1.405 Mio. € (Vorjahr: 1.364 Mio. €). Dies bedeutet einen Anstieg um rd. 41 Mio. €, die sich aus 29 Mio. € Schuldenabbau bei den Investitionskrediten und rd. 70 Mio. € Neuverschuldung bei den ÖPP/ÖÖP-Maßnahmen zusammensetzen. Geplant war eine Neuverschuldung von 56,7 Mio. €. Der in den Jahren 2012 und 2013 erreichte Schuldenabbau konnte auch 2017, wie in der Planung bereits absehbar, aufgrund der gestiegenen Investitionsbedarfe nicht fortgesetzt werden. Die Zinslastquote steigt aufgrund der stark gestiegenen Erstattungszinsen aus der Gewerbesteuer auf 2,6 %, obwohl die Zinsaufwendungen aus den Investitionskrediten im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 1,8 Mio. € gesunken sind.

Das **Basiskapital** beläuft sich zum 31.12.2017 auf 649,8 Mio. € und hat sich damit im Saldo um 71,6 Mio. € vermindert. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 15,6 %. Die Verringerung resultiert insbesondere aus Korrekturen der Werte der Archivalien beim Stadtarchiv aufgrund einer Beanstandung des BKPV.

Erstmals überstieg die **Bilanzsumme** (und damit auch das Vermögen) den Wert von fünf Milliarden Euro. Das Sachanlagevermögen erhöhte sich, bereinigt um die Korrekturen bei den Kunstgegenständen/Archivalien (-81 Mio. €), um 120,7 Mio. € und zeigt damit die intensive Investitionstätigkeit der Stadt auf.

4. Fazit

Zusammenfassend ist festzustellen, dass insbesondere aufgrund von Steuermeerträgen i. H. v. 21,5 Mio. € gegenüber dem Plan und 46,2 Mio. € gegenüber 2016, sowie Mehrerträgen bei Schlüsselzuweisungen und sonstigen ordentlichen Erträgen ein sehr positives **Jahresergebnis von 32,1 Mio. €** erzielt werden konnte. Aufgrund des umfangreichen erheblichen Investitionsprogramms war dennoch ein Anstieg der **Neuverschuldung um rd. 41 Mio. €** nicht vermeidbar.

Die ausführlichen Zahlen sind in der Anlage enthalten.